



Schlussbericht

Sozialgipfel zu den Themen faire Arbeitsplätze und Wachstum
vom 17. November 2017 in Göteborg, Schweden

Am 17. November 2017 trafen die europäischen Staats- und Regierungschefs mit Vertreterinnen und Vertretern der EU-Organen, der Sozialpartner, der Zivilgesellschaft, Studierenden und führenden Expertinnen und Experten beim Sozialgipfel zu den Themen faire Arbeitsplätze und Wachstum zusammen, den die schwedische Regierung und die Europäische Kommission organisiert hatten.

Acht Monate nach den Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Römischen Verträge bot der Gipfel führenden Entscheidungsträgern und Interessenträgern eine einzigartige Gelegenheit, Themen zu diskutieren, die für den Alltag der Bürgerinnen und Bürger von Belang sind. Der Gipfel fügte sich in die Debatte über die Zukunft der EU ein, die beim Gipfel in Bratislava eingeleitet worden war und sich am Weißbuch der Europäischen Kommission sowie den fünf nachfolgenden Reflexionspapieren orientierte, insbesondere dem dieses Jahr vorgelegten Reflexionspapier zur sozialen Dimension Europas.

Beim Sozialgipfel zu den Themen faire Arbeitsplätze und Wachstum wurden Überlegungen angestellt, wie inklusives Wachstum gefördert, faire Arbeitsplätze geschaffen und Chancengleichheit für alle Frauen und Männer hergestellt werden können; es wurden gemeinsame Herausforderungen benannt und auf die europaweite Fülle an Erfahrungen verwiesen. Das Format der Diskussionen war einzigartig, offen und interaktiv, sodass verschiedene Perspektiven dargelegt und unterschiedliche Lösungen erörtert wurden, die sämtlich gemeinsame Herausforderungen und die Besonderheiten des nationalen Kontextes und nationaler Prioritäten berücksichtigten. Die Bürgerinnen und Bürger konnten die Diskussionen als Lifestream in Echtzeit verfolgen.

Der Gipfel bot Gelegenheit, erneut zu bekräftigen, dass die Bewältigung der auf allen Ebenen bestehenden Arbeitsmarktprobleme eine gemeinsame Verantwortung ist. Es wurde betont, dass Beschäftigung und sozialer Fortschritt vorrangig vor Ort geschaffen werden. Die Fülle an gemeinsamen Erfahrungen wird Regierungen und Interessenträgern als Inspiration für die Gestaltung und Umsetzung zukünftiger politischer Maßnahmen dienen. Der Notwendigkeit, die Konvergenz unserer Volkswirtschaften und Gesellschaften zu fördern, sollte durch Bemühungen auf allen Ebenen, darunter auch der Sozialpartner, Rechnung getragen werden. Die unterschiedlichen sozialen Traditionen in Europa sollten berücksichtigt werden; es sollten jedoch auch weitere Schritte unternommen werden, um den Zugang zu den Arbeitsmärkten zu verbessern, faire Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen zu gewährleisten und den Arbeitsplatzwechsel zu unterstützen.

Beim Gipfel proklamierten die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union die europäische Säule sozialer Rechte und verwiesen damit auf die gemeinsame Verantwortung

und die Notwendigkeit gemeinsamer Anstrengungen aller Regierungsebenen, der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft für ein starkes, soziales Europa. Die Säule umfasst Grundsätze und Rechte, die die Voraussetzung für faire und gut funktionierende europäische Arbeitsmärkte und Wohlfahrtssysteme im 21. Jahrhundert sind. Vor dem Gipfel einigten sich die europäischen Sozialpartner auf eine gemeinsame Erklärung, in der sie darlegen, wie sie zukünftig zu fairen Arbeitsplätzen und Wachstum beitragen können.

Mit Blick auf den Europäischen Rat im Dezember und als Teil der Gesamtdebatte über die Zukunft Europas traten in den Diskussionen zahlreiche Gemeinsamkeiten im Hinblick auf die Notwendigkeit zutage, Europa mit einer starken und spürbaren sozialen Dimension auszustatten. Künftig wird sowohl die wirtschaftliche als auch die soziale Entwicklung eine wesentliche Rolle spielen.

Beim Gipfel wurde an die Notwendigkeit gemeinsamer Anstrengungen auf allen Ebenen erinnert, um die Menschen an erster Stelle zu setzen, und die soziale Dimension der Union auf der Grundlage eines gemeinsamen Engagements und festgelegter Zuständigkeiten weiterzuentwickeln. Als einer der nächsten Schritte sollte Folgendes angestrebt werden:

- Umsetzung der in der europäischen Säule sozialer Rechte dargelegten Grundsätze und Rechte, vor allem im Rahmen des Europäischen Semesters für die Koordinierung der Politik und der nationalen Reformprogramme der Mitgliedstaaten für 2018;*
- Ermöglichung eines gut funktionierenden sozialen Dialogs auf allen Ebenen, einschließlich des „Neubeginns für den sozialen Dialog“ auf EU-Ebene;*
- zügiges Weiterarbeiten auf EU-Ebene an noch offenen sozialen Dossiers, u. a. zu den Themen Entsendung von Arbeitnehmern, Koordinierung der sozialen Sicherheit, Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und dem Europäischen Rechtsakt zur Barrierefreiheit; Bereitschaft, von der Kommission in ihrem Arbeitsprogramm für 2018 angekündigte zukünftige Initiativen rasch zu prüfen;*
- Follow-up zu den Prioritäten des EU-Aktionsplans 2018-2019, mit dem die geschlechtsspezifische Einkommenslücke geschlossen werden soll, sowie*
- weitere Umsetzung der neuen europäischen Agenda für Kompetenzen mit einem besonderen Schwerpunkt auf der Durchführung der Ratsempfehlung zu Weiterbildungspfaden für Menschen mit dem größten Kompetenzbedarf im Jahr 2018.*

Gemeinsame Verantwortung dafür, dass die Menschen an erster Stelle stehen

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise haben Spuren im Leben der Menschen und in unserer Gesellschaft insgesamt hinterlassen. Im Hinblick auf Beschäftigung und Soziales gibt es nach wie vor große Unterschiede zwischen den Ländern, aber auch innerhalb der einzelnen Länder. Die Einkommensunterschiede und die Beschäftigungslücke zwischen Frauen und Männern bestehen nach wie vor, und auch ältere Arbeitskräfte, Migrantinnen und Migranten sowie Menschen mit Behinderung haben immer noch mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Aufgrund der demografischen und gesellschaftlichen Entwicklungen finden in allen Mitgliedstaaten rasche und tiefgreifende Veränderungsprozesse statt. Auch die Globalisierung, neue Technologien und die Digitalisierung verändern die Art, wie wir leben und arbeiten, was sowohl neue Chancen als auch Probleme schafft.

Die Diskussionen haben gezeigt, dass uns die Notwendigkeit verbindet sicherzustellen, dass sowohl der Einzelne als auch die Unternehmen gut auf die Zukunft vorbereitet sind, sowie die Notwendigkeit, unsere Sozialmodelle an aktuelle und künftige Herausforderungen anzupassen. Es wurde anerkannt, dass wir gemeinsam handeln müssen und dass wir den derzeitigen Aufschwung der Wirtschaft in Europa und den Rückgang der Arbeitslosigkeit nutzen sollten, um ein inklusiveres, wohlhabenderes und sozialeres Europa für unsere Bürgerinnen und Bürger aufzubauen, bei indem wir fairen Arbeitsplätzen und Wachstum Vorrang einräumen. Die Förderung eines gut funktionierenden sozialen Dialogs und dessen Bedeutung für die Schaffung von Wachstum und fairen Arbeitsplätzen wurden unterstrichen. Es sei wichtig, mit den Interessenträgern und nicht nur über die Interessenträger zu reden. Auch auf die Perspektiven für die Jugend wurde in zahlreichen Diskussionen hingewiesen. Ferner wurden die wichtige Rolle des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen sowie der maßgebliche Beitrag internationaler Organisationen wie der Internationalen Arbeitsorganisation und des Europarats betont.

Wir müssen mehr Frauen und Männer in Beschäftigung bringen und den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern

Um den Zugang zu den europäischen Arbeitsmärkten zu verbessern, müssen zunächst grundlegende Herausforderungen angegangen werden, z. B. die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, die Unterstützung benachteiligter Gruppen und die Beseitigung von Hindernissen, die der Schaffung von Arbeitsplätzen im Weg stehen. Angesichts der Globalisierung, des technologischen Fortschritts und des demografischen Wandels sind mehr und bessere Fähigkeiten ausschlaggebend für die Beschäftigungsfähigkeit. Daher müssen geringqualifizierte Menschen, die mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen haben, im Fokus stehen. Um inklusives Wachstum und Chancengleichheit zu fördern, müssen die Bemühungen intensiviert werden, junge Menschen mit den erforderlichen Fähigkeiten auszustatten.

Einige aussagekräftige Beispiele für Verfahren, insbesondere zur Verstärkung der Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt, zur Erleichterung des Einstiegs junger, neu angekommener und schutzbedürftiger Menschen in den Arbeitsmarkt und zur bestmöglichen Nutzung der Erfahrung älterer Menschen. Struktur- und Sozialreformen, die auf Chancengleichheit, höhere Mobilität, lebenslanges Lernen, berufliche Aus- und Weiterbildung sowie Zugang zu Kinderbetreuung abzielen, und Initiativen zur raschen Integration von Migrantinnen und Migranten wurden in den Diskussionen angesprochen. Der Beitrag von KMU und Selbstständigen zum Wirtschaftswachstum in Europa wurde herausgestellt. Es wurde anerkannt, dass unternehmerische Fähigkeiten und persönliche Kompetenzen häufig außerhalb formaler Bildungsstrukturen erworben werden.

Neben der Jugendgarantie wurde auf mehrere EU-Initiativen im Rahmen der Neuen Europäischen Agenda für Kompetenzen Bezug genommen. Dazu gehören die Empfehlung des Rates zu Weiterbildungspfaden und die Agenda für die Modernisierung der beruflichen Aus- und Weiterbildung.

Wir brauchen faire Beschäftigungsverhältnisse und gute Arbeitsbedingungen

Wir müssen menschenwürdige Arbeitsplätze und faire Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sicherstellen, unabhängig von der Art ihres Beschäftigungsverhältnisses. Neue Formen der Arbeit und die Notwendigkeit, sowohl den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern als auch den Unternehmen Flexibilität und Sicherheit zu bieten, schaffen neue Herausforderungen. Darüber hinaus müssen wir uns mit den Folgewirkungen im Hinblick auf Produktivität und Löhne, Arbeitsbedingungen, Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz sowie Zugang zu Wohlfahrt und Sozialschutz befassen. Besondere Aufmerksamkeit sollte den anhaltenden Unterschieden zwischen Frauen und Männern bei Beschäftigung, Arbeitsbedingungen, beruflichen Perspektiven, Löhnen und Renten gewidmet werden. Die Auswirkungen einer alternden Bevölkerung und der Automatisierung/Digitalisierung wurden ebenfalls angesprochen.

Es gab einen Meinungs austausch über unterschiedliche Verfahren, vom geteilten Elternurlaub bis hin zu angemessenem Sozialschutz für alle Arten von Arbeitsverträgen, zu Maßnahmen zur Sicherstellung von Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz und zum Anspruch der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf flexible Arbeitsregelungen. Die Rolle der Sozialpartner im Zusammenhang mit fairen Beschäftigungsverhältnissen und guten Arbeitsbedingungen wurde vielfach herausgestellt. So kann ein gut funktionierender sozialer Dialog ein wirkungsvolles Instrument sein, um Lösungen für Fragen betreffend die Flexibilität und Sicherheit sowohl für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als auch für Unternehmen zu finden.

Die laufenden Initiativen auf EU-Ebene betreffen die Modernisierung des Rechtsrahmens im Bereich der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, die Überarbeitung der Richtlinie über schriftliche Erklärungen und eine Initiative zum verbesserten Zugang zum Sozialschutz.

Wir müssen in die Menschen investieren, um den Arbeitsplatzwechsel zu erleichtern

5.

Die laufenden Bemühungen zur Erleichterung des Arbeitsplatzwechsels müssen fortgeführt werden. Diese betreffen die Umschulung und Weiterqualifizierung, die lebenslange Wahrung der Sozialschutzrechte

sowie die öffentlichen Arbeitsverwaltungen und die Unterstützung durch Aktivierungsmaßnahmen, um eine Anpassung an den raschen ökonomischen Wandel sowie längere und unterschiedlichere Laufbahnen zu unterstützen. Die Übergänge von der Schule in die Arbeitswelt und von der Elternzeit zurück an den Arbeitsplatz sind wichtige und schwierige Sprungbretter.

Es wurde über einige bedeutende Verfahren berichtet, bei denen Digitalisierung und Automatisierung zu neuen Bedingungen und Herausforderungen für die globale Wettbewerbsfähigkeit der EU geführt haben. Die Bedeutung der beruflichen Aus- und Weiterbildung und des Zugangs zum lebenslangen Lernen für den Erwerb neuer Fähigkeiten, die es erlauben, mit der technologischen Entwicklung Schritt zu halten, und für die Erleichterung des Arbeitsplatzwechsels wurde herausgestellt. Die Sozialpartner spielen hier eine besonders wichtige Rolle. Investitionen – sowohl vonseiten der Mitgliedstaaten als auch der EU – sind erforderlich. Eine intensive Zusammenarbeit mit den Universitäten und den Sozialpartnern sei ebenfalls wichtig. Übereinstimmend wurde festgestellt, dass das Sozialmodell der EU geschützt und bewahrt werden müsse und die EU sowohl innerhalb der Union als auch auf dem Weltmarkt eine Abwärtsspirale vermeiden sollte. Entscheidend sei der Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, nicht der Schutz der Arbeit.

Es gibt mehrere EU-Initiativen zur fairen Mobilität, wie die Überarbeitung der Entsendevorschriften und der Bestimmungen zur Koordinierung der sozialen Sicherheit sowie den Vorschlag zur Einrichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde.

Weitere Maßnahmen

Im Dezember wird sich der Europäische Rat mit Folgemaßnahmen zum Gipfeltreffen von Göteborg zum Thema soziale Dimension in den Diskussionen über die Zukunft der EU befassen.

Als Mitorganisatorin des Sozialgipfels zum Thema faire Arbeitsplätze und Wachstum wird die Kommission sich weiterhin an den Folgemaßnahmen der Diskussionen beteiligen. Das Europäische Semester der politischen Koordinierung sollte den übergeordneten Rahmen für die Weiterführung der Diskussionen über die soziale Dimension darstellen. Die Europäische Kommission wird ihre Prioritäten im Rahmen des Europäischen Semesters, beginnend mit dem Jahreswachstumsbericht 2018, vertreten.

Auf dem Gipfeltreffen wurde die europäische Säule sozialer Rechte gemeinsam vom Europäischen Parlament, vom Rat und von der Kommission proklamiert. Damit wurde eine starke Botschaft der Einheit und des politischen Engagements ausgesandt. Die europäische Säule sozialer Rechte umfasst 20 Grundsätze, die das tägliche Leben der

europäischen Bürgerinnen und Bürger direkt betreffen, und bekräftigt das Bekenntnis zu gemeinsamen Werten. Der Schwerpunkt muss nun auf die Umsetzung dieser Grundsätze und Rechte verlagert werden, damit diese für alle Frauen und Männer Realität werden. Dabei handelt es sich um eine gemeinsame Aufgabe, die gemeinsame Anstrengungen der EU-Organe und der Mitgliedstaaten, der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft erfordert.

Im Hinblick auf das Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs in Sibiu am 9. Mai 2019 war der Sozialgipfel ein erster Meilenstein in der Debatte über die Zukunft Europas. Die Mitorganisatoren setzen auf die Fortführung ihrer Bemühungen durch den estnischen, den bulgarischen und den österreichischen Ratsvorsitz, die im Rahmen des 18-monatigen Programms des Rates der Europäischen Union (Juli 2017 – Dezember 2018) die Arbeiten zur sozialen Dimension Europas weiterführen werden, sowie die diesbezüglichen künftigen Arbeiten des Europäischen Parlaments im Vorfeld der Europawahlen im Frühjahr 2019.



Let's talk about it
#SocialSummit17

www.socialsummit17.se